



**Im Gespräch:** Frank Frick, Dr. Wilhelm Heitmeyer, Dr. Tilman Rhode-Jüchtern, Lothar Schmalen, Thomas Budde und Peter Conradi (v. l.) vor etwa 200 Zuhörern und Diskutanten im Historischen Saal der Ravensberger Spinnerei. FOTOS: ANDREAS FRÜCHT

# Der Weg zur Bürgerdemokratie

Diskussion von „pro grün“ und NW in der Ravensberger Spinnerei

VON SIMON BLOMEIER

**■ Bielefeld. Ähnlich wie das Unwort des Jahres 2010, „alternativlos“, ist seit der Proteste um das Bahnprojekts Stuttgart 21 ebenso der Begriff des Wutbürgers in aller Munde. Über die aktuelle Frage der Bürgerbeteiligung diskutierten gestern Abend Politiker, Wissenschaftler und ein Investor in der Ravensberger Spinnerei.**

Unter dem Titel „Bielefeld 21 – reden wir früher?!“ hatten der Verein „pro grün“ und die *Neue Westfälische* eingeladen. Die Redner: Peter Conradi, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD und Mitglied des „Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21“,

Dr. Wilhelm Heitmeyer, Konfliktforscher der Uni Bielefeld, Thomas Budde, Geschäftsführer der Jibi-Handelskette, Frank Frick, Politikwissenschaftler der Bertelsmann-Stiftung sowie Dr. Tilman Rhode-Jüchtern, Professor der Uni Jena und Vorsitzender von „pro grün“. NW-Lokalchef Lothar Schmalen moderierte.

Peter Conradi macht in Stuttgart eine wachsende Kritik der Bürger an Politik und Parteien aus. Die Menschen beklagten, dass alles ökonomisiert werde, sich nur ums Geld drehe. Conradi: „Die fragen sich, wie es mit der Qualität des Lebens aussieht.“ Der Wortführer des Runden Tisches um den Stuttgarter Bahnhof spricht sich für Bürger-

entscheide aus, nach dem Vorbild der Schweiz. Der Konfliktforscher Heitmeyer beobachtet eine anwachsende Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung. Außerdem müsse die Gesellschaft sich von der negativen Konnotation von Konflikten verabschieden. Heutzutage sei der Konflikt der Normalfall.

„Wir sind im Übergang zu einer Art Bürgerdemokratie“, sagt Frank Frick. Die Bevölkerung habe bemerkt, dass jede Art der politischen Repräsentation auch Fehler habe. Er betrachtet die Kluft zwischen Volk und Politik mit Sorge, weil wichtige Entscheidungen in Bezug auf Integration, Bildung und Energie getroffen werden müssten. Allerdings sei die Bürgerbeteiligung

ein „Instrument für die Gebildeten“. Denn lediglich diese engagierten sich. Dr. Tilman Rhode-Jüchtern fordert von der Bielefelder Politik eine „ernsthafte Auseinandersetzung und eine kooperative Haltung zum Wohl unserer gemeinsamen Stadt“. Thomas Budde, Chef von 2.500 Jibi-Mitarbeitern, kritisiert die geringe Teilnahme an bestehenden Verfahren: „Seien Sie mal ehrlich, wer von Ihnen hat in einer Bürgerbeteiligung schon mal richtig mitgemischt?“

Frick plädiert für neue Regeln bei Großprojekten, bei denen Bürger, Investoren und die Stadt gemeinsam in die Planung eingebunden werden. „Wir kommen nicht umhin, die bestehenden Verfahren zu ändern.“

## „Über die Köpfe hinweg“

nw-news.de

Umfrage der Woche

■ „Werden in Bielefeld die Bürger an der Planung von Großprojekten ausreichend beteiligt?“ hatte die *Neue Westfälische* in ihrer Online-„Umfrage der Woche“ von ihren Lesern und Internet-Nutzern wissen wollen. Das Ergebnis fiel sehr deutlich aus. 68 Prozent klickten die Antwort an: „Nein. Behörden und Investoren können zu oft über die Köpfe der Bürger hinweg planen.“ Nur

zwölf Prozent der Teilnehmer an der Umfrage sind der Auffassung: „Ja. Die Beteiligung der Bürger ist ausreichend.“ Immerhin 20 Prozent klickten aber auch bei „Bürger und Anlieger können Großprojekte viel zu sehr behindern.“

Die Beteiligungsrechte sollten eingeschränkt werden.“ Natürlich ist die Umfrage nicht repräsentativ, gibt aber durchaus einen gewissen Trend wieder.



**Übte Kritik:** Der Bielefelder Klaus Ohrmann (69) bezweifelt, dass Fachleute in der Politik von anderen Fachleuten kontrolliert werden.